

Krämer, Hans Martin: *Neubeginn unter US-amerikanischer Besatzung? Hochschulreform in Japan zwischen Kontinuität und Diskontinuität 1919–1952* (Edition Bildung und Wissenschaft, Bd. 11). Berlin: Akademie-Verlag, 2006, XII, 317 S., € 54,80

Besprochen von Sven Saaler

Das neue japanische Kabinett unter Abe Shinzō hat sich bei Amtsantritt im September 2006 die Bildungsreform als oberste Priorität auf ihre Fahnen geschrieben. Zwar hat der größte Teil der japanischen Bevölkerung laut Meinungsumfragen andere Probleme und wünscht sich eher eine Bekämpfung der Einkommensungleichheit, eine Revision des Steuersystems, eine Überwindung der Isolierung Japans in Ostasien oder eine Auseinandersetzung mit der Alterung der Gesellschaft bzw. dem Kindermangel.<sup>1</sup> Für den konservativen Abe ist jedoch die Reform des Bildungssystems und vor allem die – inzwischen durchgesetzte – Reform des aus der Zeit der US-amerikanischen Besatzung stammenden Bildungsgrundgesetzes (*Kyōiku kihonhō*, 1947) ein symbolischer Akt zur Überwindung dessen, was er „Nachkriegsregime“ (*sengo rejimu*)<sup>2</sup> nennt – also das Japan, das durch die Reformen der Besatzungszeit (1945–52), die neue Verfassung von 1946/47 sowie das neue Bildungsgrundgesetz geschaffen wurde. Damit steht Abe in der Tradition von Politikern wie Nakasone Yasuhiro (Premierminister 1982–87), der ebenfalls die Reform des Bildungssystems von der Prämisse her anging, das gesamte Bildungssystem der Nachkriegszeit sei „amerikanisch“ geprägt und durch die Reformen der US-Besatzung entstanden.

Die vorliegende Arbeit setzt sich das Ziel, die Korrektheit dieser von kaum einem Wissenschaftler bisher kritisch hinterfragten Prämisse der Nakasone-Reformen<sup>3</sup> zu überprüfen. Hierzu untersucht Hans Martin

---

<sup>1</sup> Siehe z.B. *Chūnichī Shinbun* (Ausgabe Hokuriku), 2. Oktober 2006, S. 2; viele Meinungsumfragen in anderen Tageszeitungen und auch TV-Sendungen kurz nach Amtsantritt des Kabinetts Abe brachten fast identische Ergebnisse.

<sup>2</sup> Da für die meisten Japaner der Katakana-Neologismus *rejimu* [„Regime“] nur wenig Aussagekraft hat, setzen Tageszeitungen zumeist den japanischen Begriff *taisei* zur Erklärung hinter den Begriff Regime.

<sup>3</sup> Die erst nach Fertigstellung der hier rezensierten Arbeit begonnenen Reformen des Kabinetts Abe basieren jedoch auf den gleichen Prämissen, was die andauernde Aktualität und Wichtigkeit der Studie von Hans Martin Krämer unterstreicht.

Krämer den Diskurs über Reformen japanischer Universitäten von der Taishō-Zeit (1912–26) bis zur Besatzungszeit (1945–52), um „Kontinuitäten und Diskontinuitäten in Strukturen und Diskussionen seit der Vorkriegsgeschichte“ aufzuzeigen. Denn, wie Krämer in seiner Studie überzeugend darstellen kann, „der eingeschränkte Blick allein auf die Besatzungszeit [versperrt] die Sicht auf ältere Entwicklungslinien. Nicht alles, was bis 1952 entstand, ist auch erst nach 1945 neu geschaffen worden“ (S. 2). Die Studie von Krämer analysiert, basierend auf einer Vielzahl von Primärquellen, darunter 75 zwischen 1925 und 1941 entstandene Reformpläne zur Hochschulbildung, zunächst den Diskurs um Hochschulreform in den 1920er und 1930er Jahren und vergleicht diesen dann mit den Diskussionen auf japanischer Seite während der Besatzungszeit (1945–52). Krämers Hauptaugenmerk liegt dabei vor allem auf den strukturellen Problemen, die seit den frühen 1920er Jahren im Zentrum der Diskussionen um die Reform des Universitätswesens standen:

- die Frage der Abschaffung der Oberschulen;
- die Frage institutioneller Vereinheitlichung von höheren Fachschulen und Universitäten;
- die Lehramtsausbildung, d.h. die Frage der Aufwertung der höheren Pädagogischen Hochschulen zu Universitäten;
- die Frage des Hochschulzugangs für Frauen;
- und die Frage der Reform der Universitätsverwaltung bzw. der Selbstverwaltung der Universitäten und ihres Verhältnisses zum Kultusministerium.

Wie Krämer in Kapitel III (Besatzungszeit) verdeutlichen kann, waren diese Diskussionsinhalte auch nach dem Krieg noch die wichtigsten Themenstränge in den Diskussionen um die Reform des Universitätswesens, und parallel dazu sind auch Kontinuitäten in der Sprache der Diskussion (S. 229) sowie personelle Kontinuitäten festzustellen. Viele bereits in der Vorkriegszeit diskutierte, initiierte und formulierte Reformvorhaben wurden in der Besatzungszeit von japanischen Bildungspolitikern wieder aufgenommen, was auf Kontinuitäten von Vor- und Nachkriegszeit hinweist, welche wiederum die Bedeutung der von den US-Besatzungsbehörden durchgesetzten Reformen in neuem Licht erscheinen lässt – als nicht ganz so „revolutionär“ wie bisher häufig vermutet. So waren es nach 1945 wieder Begriffe wie Allgemeinbildung, Persönlichkeitsbildung und Chancengleichheit, die die Sprache der Reformdiskussionen prägten (S. 229). Vor allem aber, so Krämer, kann man in den Diskussionen um die Reform der Bildung „als verbindendes Element einen Etatismus entdecken, der zunächst unabhängig von der Form des politischen Systems [...] ein Ideal

der Elite“ (S. 246) im Rahmen der Diskussionen um die Reform der Bildung darstellte.

Zu Recht weist Krämer damit die – von Politikern wie Nakasone (und Abe) so häufig angeführte – Binsenweisheit zurück, die US-Besatzungsmacht habe alle ihre geplanten Reformvorhaben nach Belieben umsetzen können, und relativiert durch seine Analyse erfolgreich die bisherige „Überbetonung der Rolle der US-amerikanischen Besatzungsmacht als Urheberin der Nachkriegsreformen“ (S. 19). Diese politisch funktionalisierte Sichtweise – lassen sich doch Reformen von von außen oktroyierten Gesetzen und Systemen viel einfacher legitimieren als von solchen mit indigener „Tradition“ – wurde, so Krämer, interessanterweise immer wieder von Studien bestätigt, die sich „einseitig auf US-amerikanische Quellen“ (S. 13) stützen. Kaum verwunderlich, dass viele Mitarbeiter der US-Besatzung dazu tendierten, ihre Rolle zu überschätzen. Andere jedoch bestätigen, dass das Komitee zur Erziehungsreform ein großes Maß an Unabhängigkeit genoss, und dass die Besatzungsbehörden nur „very little pressure“ auf die Beratungen des Komitees ausübten. Wenn ein Vertreter der Besatzungsbehörden an den Sitzungen des Komitees zur Erziehungsreform teilnahm, „dann war es auf Einladung (des Komitees)“ (zit. auf S. 185). Krämer kommt daher zu dem Schluss, dass sich „die wesentlichen Elemente der Hochschulreformen der Besatzungszeit [...] auf einen seit Mitte der 1920er Jahre laufenden Prozess zurückführen (lassen). Die Besatzungszeit [...] lieferte einen günstigen Rahmen für die Entscheidung zugunsten dieser Reformprojekte“ (S. 255).

Die Frage der Kontinuität oder Zäsur von Vorkriegszeit zur Nachkriegszeit an sich ist natürlich nicht neu, aber die Studie von Krämer wirft Licht auf einen Bereich, der zwar im Mittelpunkt der rezenten politischen Diskussionen um die „Überwindung des Nachkriegsregimes“ steht, in der historischen Forschung aber bisher nur wenig Beachtung fand – die Bildungspolitik.<sup>4</sup> Was aber sagt uns der Nachweis von Kontinuität im Bereich der Diskussionen um die Universitätsreform von der Vorkriegszeit zur Nachkriegszeit über die moderne japanische Geschichte? Zunächst relativieren die Ergebnisse Krämers offensichtlich die noch immer vielzitierte Idee der „Zäsur 1945“ bzw. die Mär von der „Stunde Null“.<sup>5</sup> Die Niederlage Japans 1945 und die Reformen der Besatzungszeit stellten keinen vollständigen Neuanfang dar, wie so häufig

---

<sup>4</sup> Bisher waren Wirtschaftshistoriker und Soziologen, wie Krämer in seiner Einleitung auch verdeutlicht (S. 16), wortführend, wenn es darum ging, Kontinuitäten vor/nach 1945 zu postulieren.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu auch die jüngste Studie von Satō Takumi, *Hachigatsu jūgonichi no shinwa*, Tokio: Chikuma Shobō, 2005.

postuliert, nicht alle Reformen der Nachkriegszeit sind offensichtlich einzig und allein Ergebnis der Besatzungspolitik (und somit von außen oktroyiert). Die vorliegende Studie verdeutlicht dies im Falle der Reform des Universitätssystems unmissverständlich. Sie tut dies allerdings – und muss dies tun – unter bewusster Ausklammerung der *Erziehungsinhalte*, deren Überbetonung in der bisherigen Forschung zur japanischen Bildungspolitik es laut Krämer gerade war, die dazu geführt hat, dass die Zeit vor und nach 1945 als vollständiger Kontrast gegenübergestellt (S. 11), und historische Kontinuitäten vernachlässigt wurden.

Ein größeres Manko als der Verzicht auf die Diskussion von Bildungsinhalten jedoch offenbart sich im Zusammenhang mit der von Krämer gestellten Frage, was uns die Kontinuität in den Diskussionen um Bildungsreform vor und nach 1945 über die Dichotomie Faschismus vs. Demokratie sagt, d.h. ob der Nachweis von Kontinuitäten nicht zu einer Infragestellung der üblichen „Betrachtungsweise der Geschichte Japans im 20. Jahrhundert“ – vor 1945 Faschismus, nach 1945 Demokratie – führen sollte. Unterstellt Krämer einerseits den Diskussionen der Vorkriegszeit „ein gemeinsames ‚progressives‘ Element [...], indem breiteren Bevölkerungsschichten der Zugang zu höheren Stufen von Bildung ermöglicht werden sollte“ (S. 84), so „überrascht dieser Befund, wenn man sich die japanische Gesellschaft und das japanische Erziehungswesen der 1930er Jahre als von einem faschistischen politischen System geprägt, durchmilitarisiert und ausschließend vorstellt“ (S. 84). Worauf diese „Vorstellung“ beruht, verrät uns Krämer an dieser Stelle leider nicht und verzichtet auch auf eine Erklärung der Begriffe Faschismus (die er in einer anderen Publikation brillant ausführt,<sup>6</sup> in der vorliegenden Arbeit aber nur am Rande anspricht) und Militarisierung. Vor allem aber widerspricht der Autor im abschließenden Kapitel IV.4 der hier gegebenen Charakterisierung des japanischen Faschismus als „ausschließendes“ System, wenn er die „militaristische und autoritäre Politik der Meiji-Zeit“ (1868–1912) der Epoche einer „neuen Auffassung über die Rolle der Individuen in der Gesellschaft“ gegenüberstellt und die 1930er Jahre, sicherlich zu Recht, zuallererst als Epoche der Schaffung einer neuen Art von „Volksgemeinschaft“ definiert (S. 264), welche nicht zuletzt aufgrund des während der 1930er Jahre immer weiter eskalierenden Krieges notwendig wurde. Mit der Heranziehung der Theorie des „Totalen Krieges“ zeigt Krämer zwar, dass er sich des Problems bewusst ist, ganz klar wird der Widerspruch zwischen Not-

---

<sup>6</sup> Krämer, Hans Martin, „Faschismus in Japan: Anmerkungen zu einem für den internationalen Vergleich tauglichen Faschismusbegriff“, in: *Sozial.Geschichte* 20, 2005, S. 6–32.

wendigkeit der Bildung der „Massen“ zum Zweck der Mobilisierung der gesamten Ressourcen der Nation, auch in wissenschaftlicher und technologischer Hinsicht, auf der einen Seite, und der „ausschließenden“ Tendenz zur Bevorzugung von Eliten im Bildungssystem auf der anderen aber letztlich nicht.

Insgesamt betrachtet glänzt die Arbeit allerdings durch klare Fragestellung und Struktur, durch detaillierte Untersuchung basierend auf einer Fülle von Primärquellen wie auch einer vorbildlichen Aufarbeitung des Forschungsstandes. Für jeden, der sich mit der Geschichte der japanischen Bildungspolitik, vor allem aber mit der Geschichte der japanischen Universitäten beschäftigen will, wird dieses Werk ein unverzichtbares Hilfsmittel sein.